

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

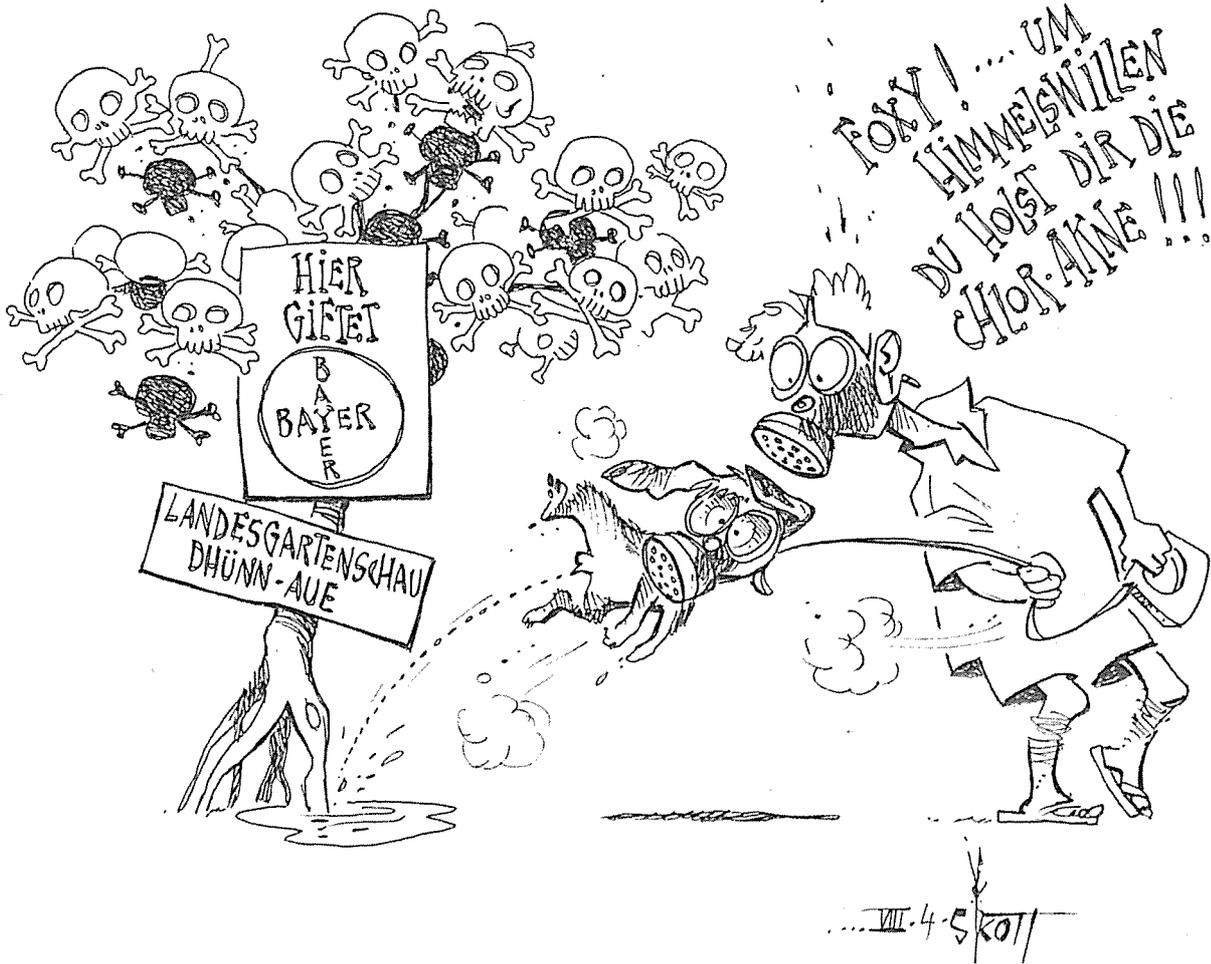
TITEL:

Über's Gift wächst Gras

Giftmüll unter der Gartenschau

WEITERE THEMEN:

- Ökologie nachhaltig am Ende?
- BAYER erhält Patent auf Gen-Pflanzen
- 100 Jahre BAYER-Werkssport
- CBG im Reichstag



Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- | | |
|---|---|
| <p>4 Unter der Gartenschau blüht der Giftmüll
BAYER lässt Gras über die Dhünnau wachsen</p> <p>6 Ökologie - nachhaltig am Ende?
Das Thema der CBG-Jahrestagung</p> <p>12 BAYER erhält Patent auf Gen-Pflanzen
GREENPEACE-Einspruch gescheitert</p> <p>14 Ludwig Erhard und die IG FARBEN
Des Mörderkonzerns williger Helfer</p> <p>18 Elf Werbeträger müsst ihr sein
100 Jahre BAYER-Werkssport</p> <p>20 Gewerkschaft auf Unternehmer-Kurs
Nachruf zum Chemie-Tarifabschluss</p> | <p>22 Schlag gegen Geheimnistuerei der Konzerne
BAYER-Klage gegen Umweltschützer gescheitert</p> <p>24 CBG im Reichstag
12.000 Protest-Unterschriften überreicht</p> <p>26 Der Konzern, das Gift und der Tod
„Ein entlarvendes BAYER-Interview“</p> <p>26 Aktion gegen BAYER-Versuchsfeld
DemonstrantInnen ernten Gen-Kartoffeln ab</p> <p>27 Impressum</p> <p>28 Au weia BAYER</p> |
|---|---|

Liebe Leserinnen und Leser,



Cornelia Heydenreich arbeitet bei Germanwatch zum Thema „Unternehmensverantwortung“.

die Arbeit in der indischen Baumwollsaat-Produktion ist kein ungefährlicher Job. Ende Juni starb ein dreizehnjähriger Junge, als er Pestizide auf einer Baumwollsaatfarm versprühte. Die Saatgut-Unternehmen bezeichnen solche Vorkommnisse gern als Einzelfälle - doch allein die Kinderrechtsorganisation MV FOUNDATION hat in den vergangenen zwei Jahren 36 Fälle tödlich vergifteter Kinder dokumentiert. Zehntausende Kinder, teilweise nicht älter als acht Jahre, arbeiten in Südindien auf den Feldern - für Cent-Beträge. Da sie keine Schulen besuchen, werden sie niemals aus dem Armutskreislauf ausbrechen können.

Auch die BAYER AG ist in diesem Sektor aktiv und bezieht ihr Saatgut von Zulieferern, die Kinder beschäftigen, genauso wie MONSANTO und SYNGENTA. Dies hat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) im vergangenen Sommer in Deutschland publik gemacht. In einem gemeinsamen Brief haben sich die CBG, GERMANWATCH und der GLOBAL MARCH AGAINST CHILD LABOUR im Dezember an die BAYER AG gewandt und das Unternehmen aufgefordert, endlich Maßnahmen einzuleiten.

Lange hatten sich die Multis gesträubt, Verantwortung für die Beschäftigung von Kindern zu übernehmen - da

dies bei ihren Zulieferern geschähe, könnten sie daran nichts ändern, so die Konzerne. Im September vergangenen Jahres haben sich die Unternehmen, darunter die indische BAYER-Tochter PROAGRO, mit Kinderrechts-Initiativen getroffen und ein wirksames Handeln zur Abschaffung von Kinderarbeit innerhalb eines halben Jahres zugesagt.

Inzwischen ist die doppelte Zeit vergangen und wir warten noch immer auf die Umsetzung der versprochenen Maßnahmen. Die Kinderrechtsaktivistin Shantha Sinha von der MV FOUNDATION, unsere wichtigste Kontaktperson vor Ort, beschwerte sich Ende Juni, dass bis auf die Veröffentlichung von Statements und Flugblättern sowie internen Treffen nichts passiert sei.

So war zunächst zugesagt worden, dass die Namen der unter Vertrag genommenen Bauern für unabhängige Prüfungen an die MV FOUNDATION übergeben werden. Dann wurde aus „Vertraulichkeitsgründen“ von den Unternehmen gefordert, statt der Bauern nur die Dörfer aufzulisten. Aber selbst diese Daten sind von PROAGRO/BAYER Monate nach dem vereinbarten Termin nicht geliefert worden. Auch sollten Muster-Verträge übergeben werden, um zu kontrollieren, ob und in welcher Schärfe die Nichtbeschäftigung

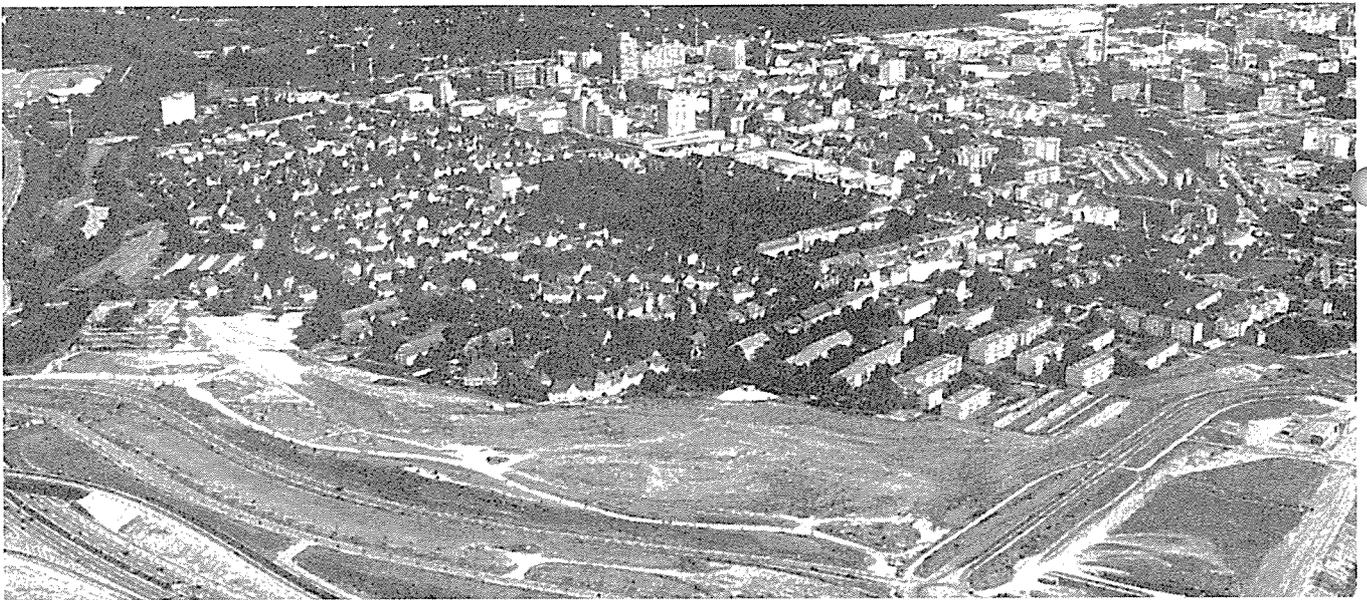
von Kindern verlangt wird. Denn erst kürzlich fand sich ein neu unter Vertrag genommener Bauer, der nichts von der Forderung eines Kinderarbeitsverbotes gehört hatte. Auch ist noch nicht belegt, ob in dieser Saison den Bauern wirklich mehr Geld gezahlt wird, wie aus Indien und Deutschland immer wieder gefordert wird. Denn nur dann können die Landwirte es sich leisten, Erwachsene einzustellen.

Inzwischen läuft die nächste Baumwollsaat-Saison auf Hochtouren und noch immer arbeiten Tausende Kinder auf den Feldern. Es ist höchste Zeit, dass Unternehmen wie BAYER wirksame Maßnahmen ergreifen. Wir werden dies gemeinsam mit der CBG und dem GLOBAL MARCH AGAINST CHILD LABOUR weiterverfolgen.

C. Heydenreich

BAYER lässt Gras über die Dhünnaue wachsen

Unter der Gartenschau blüht der Giftmüll



Die im April 2005 beginnende Landesgartenschau auf dem Gelände von BAYERS ehemaliger Schadstoff-Deponie wirft bereits ihre Schatten voraus. Veranstaltungen wie der „Tag der Offenen Tür“ am 13. Juli sollten schon einmal Geschmack auf das Großereignis machen. Das „Ei des Kolumbus“ meinen Stadt, Land und Konzern mit der Gartenkunst am Giftmüll gefunden zu haben. Andere dagegen sprechen sarkastisch von „blühenden Müll-Landschaften“.

Von Jan Pehrke

126.000 Tonnen Schadstoffe lagern auf dem Dhünnaue-Gelände. Von 1923 bis 1946 hat BAYER dort Blei, Quecksilber, Arsen, Chrom und andere Substanzen in rauen Mengen entsorgt und aus dem Areal so Europas größte Gift-Deponie gemacht. In den 50er Jahren entstanden auf dem Grund Wohn-Siedlungen, Kindergärten und Schulen. Später bauten Bund und Land dort auch eine Autobahn. Aber erst 1986 verdunkelten die Schatten der Vergangenheit wieder die Gegenwart. Der Bebauungsplan „Dhünnaue-West“ schrieb

eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor und die förderte zu Tage, was da alles so im Erdreich schlummerte. Das Gutachten des „Landesamtes für Abfall und Wasser“ stellte fest: „Die untersuchten Boden-Eluate (Proben, Anm. SWB) zeigen eine mehr oder weniger hohe, teilweise extreme Belastung des Bodens mit Schadstoffen. Die Schadstoffe sind bereits so weit in den Untergrund eingedrungen, dass auch das Grundwasser davon betroffen ist. Dieser Umstand ist äußerst bedenklich, vor allem im Hinblick auf eine mögliche

Gefahr für das Trinkwasser (...) Eine Kontamination z. B. spielender Kinder oder weidendem Vieh ist nicht auszuschließen“. Danach rissen die Horror-Meldungen nicht ab. Die Bäume der Umgebung trugen mit Schwermetallen und Chlor-Verbindungen belastete Blätter. In den Kellerwänden der Häuser fanden sich Spuren von Blei, Kupfer, Cadmium und Chrom. Mit fatalen Folgen: In einer gift-verseuchten Schule gab es fünf Tote, zusätzlich traten 15 Krebs-Erkrankungen auf. Ermittlungen gegen BAYER wg. Körperverletzungen stellte die

Staatsanwaltschaft ein, der Chemie-Multi leugnete jeglichen Zusammenhang zwischen den Sterbefällen und Gesundheitsschädigungen und seiner Müll-Kippe. Dabei hat er seit langer Zeit gewusst, was für eine gefährliche Zeitbombe da unter der Grasnarbe tickt. Der Leverkusener Werksleiter Rosahl hatte das in dem WDR-Film „Das Gift, die Stadt und der BAYER-Konzern“ freimütig zugegeben. Zu freimütig: Seine Offenheit kostete ihn seinen Job. Jetzt aber gab es für das Unternehmen kein Zurück mehr. Eine Leverkusener Bürgerinitiative und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) machten Druck, und der Umweltdezernent Hannes Anna - der erste und letzte, den BAYER der Stadt gönnte - forderte Konsequenzen.

Um Image-Schaden abzuwenden, sah der Leverkusener Chemie-Multi sich schließlich zum Handeln gezwungen. Aber es sollten noch Jahre vergehen, ehe 1995 endlich die Sanierungsarbeiten begannen. Allerdings wurde das verunreinigte Erdreich nicht abgetragen und entsorgt. Zu gefährlich, hieß es, das Wiederaufwühlen würde zusätzlich Gifte freisetzen. Zu teuer, hätte es aufrichtigerweise wohl heißen müssen. Beim Bau der

Rheinbrücke und des Autobahn-Kreuzes Köln-West baggerte man den Boden nämlich aus, ohne dass etwas passierte.

Der Pharma-Riese entschloss sich, die Altlasten einfach zu mumifizieren. Wobei der/die SteuerzahlerIn ein Viertel der Kosten von insgesamt 100 Millionen Euro übernahm. Eine fast vier Kilometer lange dicke Sperrwand umgibt das Gift-Grab nun seitlich. Nach oben hin dichten mehrere Schichten aus Ton, Erde und Kunststoff ab. Aber nach unten ist alles offen. So ist die Deponie buchstäblich ein Fass ohne Boden. Aus diesem Grund muss BAYER noch stündlich 750 Kubikmeter verseuchtes Wasser abpumpen und im werkseigenen Klärwerk reinigen, was jährlich mehrere Millionen Euro kostet. Und bei Hochwasser können die Gifte immer noch ausgespült werden und ins Grundwasser gelangen.

Diese wenig konsequente Sanierung bedurfte deshalb noch einer kosmetischen Operation. Der Konzern entschloss sich, im wörtlichen Sinn Gras über die Sache wachsen zu lassen und - unter dem zynischen Motto „Neuland entdecken“ - die Landesgartenschau 2005 auf dem Gelände auszurichten. Ein Jahr lang lädt BAYER dann mit Nina Hagen, Eros Ramazzotti,

dem Landespolizei-Sportfest, einem Chor-Festival, dem Bundesschützenfest und diversen Kinderbelustigungen zum Tanz auf dem Vulkan. Exakt ein Jahr vorher begann die Werbe-Offensive. Landesumweltministerin Bärbel Höhn leitete sie am 16. April mit einer Rede ein. Unfreiwillig machte sie dabei deutlich, auf was für dünnem Boden sich die Landesgartenschau bewegt. Sie rühmte die GärtnerInnen für ihre Umsicht, nur Pflanzen mit kurzem Wurzelwerk verwendet zu haben. Wäre die Flora nämlich tiefer in das Erdreich eingedrungen, hätte sie sofort der Gift-Tod ereilt! Am 13. Juli stimmte der Chemie-Multi die Leverkusener mit einem „Tag der Offenen Tür“ zusätzlich auf das Großereignis ein. Für etwas Verstimmung sorgte dabei die CBG. Sie verteilte Flugblätter mit der Überschrift „Neuland entdecken - BAYER-Giftmüll verstecken“. Mit den dort festgehaltenen Forderungen wie „Keine Verharmlosung der BAYER-Giftmüll-Deponie“, „Vollständige Sanierung der tickenden Chemie-Bombe“, „Entschädigung aller Opfer und der Angehörigen“ und „Gedenkstein für die Opfer auf dem Gelände“ wird sie den Konzern in den kommenden Monaten noch öfter konfrontieren.

NEU

Clayborne Carson

Zeiten des Kampfes

Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren

Mit einem Nachwort von Heinrich W. Grosse
Aus dem Amerikanischen von Lou Marin

638 S., 28,80 €
ISBN 3-9806353-6-8

Clayborne Carson ist
vom 29.9. bis 10.10.04
auf Lesereise. Infos unter
www.graswurzel.net



GRASWURZELREVOLUTION



Clayborne Carson, Herausgeber der Schriften von Martin Luther King und selbst durch die Bürgerrechtsbewegung geprägt, beschreibt minutiös die Entwicklungen und Debatten des SNCC. Die Kampf- und Organisationsformen des SNCC waren anregend für viele spätere Bewegungen. Und wer in sozialen Bewegungen aktiv war oder ist, wird in Carsons detaillierter Darstellung sehr viele typische Abläufe von Emanzipationsbewegungen erkennen. Das Buch ist mehr als eine Organisationsgeschichte.

Graswurzelrevolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Berichte und Kommentare zu

- direkten gewaltfreien Aktionen
- sozialen Bewegungen in anderen Ländern
- Rezensionen, Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo 25 € (10 Hefte)

Schnupperabo 5 € Vorkasse (3 Hefte)

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | D-53947 Nettersheim | Fax: 024 40/959 351 | abo@graswurzel.net | www.graswurzel.net

BAYER & Co. setzen das Primat der Ökonomie durch

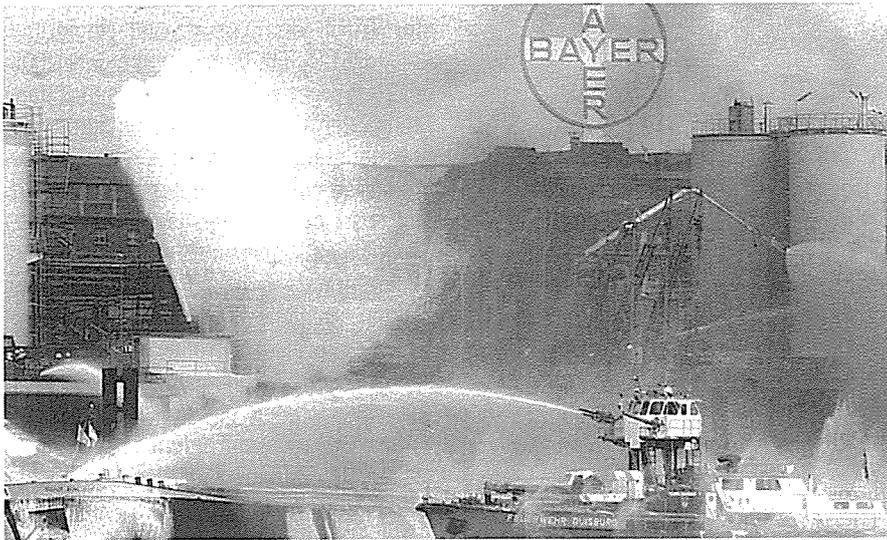
Ökologie - nachhaltig am Ende?

Nicht nur beim Chemikalien-Gesetz, auch beim anderen großen umweltschutzpolitischen Vorhaben der letzten Zeit, dem Emissionshandel, setzen die Unternehmen ihre Interessen durch, indem sie dunkelgrüne Untergangsszenarien entwarfen. „Ich befürchte, dass Umweltminister Trittin auf dem besten Wege ist, aus Deutschland eine weitgehend industrie-freie Zone zu machen“, prophezeite beispielsweise BAYER-Chef Werner Wenning erfolgreich. Bedeutet diese Entwicklung das Ende eines Essenzials rotgrüner Politik, der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie? Hat der Beginn seiner Karriere überhaupt je Anlass zu Hoffnung gegeben? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich die Jahrestagung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) am 27. November. Stichwort BAYER bietet schon einmal eine Diskussionsgrundlage.

Von Jan Pehrke



Kleiner Scherz am Rande



Umwelt-Katastrophe bei BAYER anno 2001

„Nach unserer Überzeugung gibt es keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie“, heißt es im BAYER-Umweltbericht von 1997. „Beides zu verbinden, ist unser Anspruch“, beteuert der Chemie-Multi darin treuherzig. Die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt stellt nach Ansicht von NRW-Wirtschaftsminister Harald Schartau sogar einen Wettbewerbsvorteil dar. Die Grünen preisen derweil das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ als „kleines Wirtschaftswunder“, weil die Windräder ihrer Auffassung nach den Arbeitsmarkt zum Rotieren bringen. Auch Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn sieht Synergie-Effekte. Wer weniger Ressourcen verbrauche, könne seine Produkte auf den Weltmärkten günstiger anbieten, rechnet sie vor. Eine „innovative Kläranlage“ für die Stadt Teheran erwies sich Bulmahn zufolge als lukratives Export-Geschäft, das der bundesdeutschen Wirtschaft hundert Millionen Euro einbrachte. Und solche Deals möchte künftig die Subventionspraxis ihres Hauses befördern; es beabsichtigt, die Umweltforschung stärker nach wirtschaftlichen Kriterien auszurichten. Für Projekte der Produktlinie „Nachhaltig“ wie „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Nachhaltige Regionen“ und „Nachhaltige Gesellschaft“ stellt das Forschungsministerium deshalb 160 Millionen Euro zur Verfügung.

Seit sich die Ökologie mit der Ökonomie auf ein gemeinsames Terrain begeben hat, befindet sie sich auf einer schiefen Ebene

Der Emissionshandel brachte die neue Wahlverwandtschaft auf den Begriff. Nach diesem Modell dürfen die Unterneh-

men nur bis zu einer bestimmten Obergrenze Kohlendioxid kostenfrei ausstoßen. Für darüber hinaus gehende Kontingente müssen sie Verschmutzungsrechte hinzukaufen, was zu Investitionen in umweltschonende Technologie ermuntern soll. „Ein wirtschaftliches Instrument, mit dem man Umweltziele erreichen will“ - diesen Ansatz erklärte die konservative *Faz* zum „Lieblingskind der Ökonomen“. An der Ökosteuer finden die WirtschaftswissenschaftlerInnen bestimmt ebenfalls Gefallen, denn sie funktioniert nach einem ähnlichen Prinzip. Sie sanktioniert gesellschaftlich unerwünschte Effekte wie hohen Energie-Verbrauch und fördert erwünschte wie eine Aufbesserung der Rentenkassen.

Zusätzlich sanft gebettet wird der Ö & Ö-Schmusekurs durch flankierende Maßnahmen wie „freiwillige Selbstverpflichtungen“ der Konzerne, ihrem eigenen Umwelt-TÜV, dem Öko-Audit, und den so genannten „integrierten Umweltschutz“. Dazu zählt auch BAYERs Anlage zur Herstellung des Kautschuks Therman. Der Bund förderte den Bau dieser vergleichsweise emissionsarmen Produktionsstätte durch einen zins-verbilligten Millionen-Kredit, weshalb - eine Hand wäscht die andere - der Chemie-Multi bei der Einweihung Bundesumweltminister Jürgen Trittin als Stargast begrüßte und diesem damit einen medien-wirksamen Auftritt verschaffte.

Als der Politiker allerdings die Rahmenbedingungen für die Transaktionen mit den Verschmutzungsrechten ausarbeitete, zerriss das „grüne Band der Sympathie“. Die Ökonomie in Gestalt von Wolfgang Clement, BAYERs Mann in Sachen „Profit-Sicherung“, zeigte der Ökologie in Gestalt von Jürgen Trittin schnell die

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

MIETSHÄUSER SYNDIKAT Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg · 2019 – Der Ausgangspunkt liegt in der Zukunft · Grundstruktur: Hütten, Häuser und Kasernen · Syndikatsversammlung in Frankfurt/Main · Regional oder bundesweit? – Expansion oder Zellteilung? · Schwarze Sieben Hanau: Hals über Kopf ins neue Hausprojekt... · Schellingstraße Tübingen: Abwicklung oder Selbstverwaltung??? Schelling bleibt – und jetzt übernehmen wir ganz! **KARAWANE** Brücke von Algeciras nach Tanger 2003/2004 **PEST & CHOLERA** oder: Die Freiheit der Wahl in der Marktwirtschaft **RATLOS UNZUFRIEDEN** Warum es eine gute Zukunft nur jenseits von Markt und Staat geben kann **REGIOGELD** Macht fünf Chiemgauer, bitte! **SSM** Selbstbestimmt leben und lernen **SAFETY FIRST** Kultur: Innere Sicherheit im städtischen Raum **CROSS BORDER LEASING** Bürgerentscheid gegen die Verschönerung kommunalen Vermögens **GENOSSENSCHAFTEN** Mehr als Geld und Zinsen – ein genossenschaftliches Beteiligungsmodell **u.v.m.**

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org





BAYER&Co. auf der Weltklimakonferenz 1997

Grenzen auf. Hatte Bundeskanzler Schröder als umtriebiger Genosse der Bosse in Brüssel schon zahlreiche Korrekturen am Entwurf durchgesetzt und beispielsweise Chemie-Anlagen vor der Teilnahme am Emissionshandel verschonen können, so kündigte Clement den ohnehin schon faulen Kompromiss kurz vor Toresschluss noch einmal auf. Die Einpeitscher aus der Wirtschaft drängten in routinierter Panik zu Nachverhandlungen. „Die Arbeitslosigkeit, die so entsteht, hat eine Farbe: Sie ist grün“, warnte etwa der BDI-Vorsitzende Michael „Rocky“ Rogowski. Und so kam es zum Ö & Ö-Deal: Am Ende brauchte die Industrie ihre jährlichen Ausstoß von 505 Millionen Tonnen Kohlendioxid gerade mal um zwei Millionen zu reduzieren, wollte sie keine Lizenzen zu weiterer Luftverschmutzung kaufen. Die Öko-Steuer besserte ebenfalls nicht die Öko-Bilanz, sondern allenfalls die Zahlen-Werke von BAYER & Co. Rot-Grün gestand den Industrie-Zweigen mit besonders hohem Energie-Verbrauch nämlich so großzügige Ausnahmeregelungen zu, dass diese durch die eingesparten Renten-Beiträge sogar noch auf ein Plus kamen.

Ein anderes EU-Vorhaben drohte sich hingegen negativ in den Büchern niederzuschlagen: die Vorschrift, Tausende nie-

mals auf ihre gesundheitsschädliche Wirkung hin untersuchte Substanzen erstmals testen zu lassen. Lange Zeit vorbereitet, immer wieder hinausgezögert, nun endlich kurz vor der Umsetzung. Für Schröder, Blair und Chirac stellte dies ein Grund dar, persönlich beim damaligen EU-Präsidenten Romano Prodi vorzusprechen und Profit-Schaden abzuwenden - eine erfolgreiche Intervention. Damit solche konzertierten Aktionen in Zukunft nicht mehr nötig sind, haben sie die Europäische Union auf eine „proaktive Wettbewerbspolitik“ verpflichtet. Künftig müssen sich Umwelt-Gesetze und andere Regelungen einer Folge-Abschätzung unterziehen und ihre Wirtschaftsverträglichkeit nachweisen. Als obersten Folge-Abschätzer hat Gerhard Schröder Superkommissar Günter Verheugen durchgesetzt. Ob er sich damit durchsetzen kann, war bis Anfang August unsicher, eine nochmalige Stärkung der Interessen von BAYER & Co. auf EU-Ebene ist allerdings gewiss.

Seit sich die Ökologie also mit der Ökonomie auf ein gemeinsames Terrain begeben hat, befindet sie sich auf einer schiefen Ebene. Und das, obwohl eine konsequente Umweltpolitik nötiger denn je wäre. Wenige Monate nachdem Mini-

ster Trittin den Vorsatz der Regierung Kohl, die CO₂-Emission bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent senken zu wollen, auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt hat, bezeichnete eine Studie des Pentagon die Erd-Erwärmung als globales Risiko Nr. 1 - und nicht etwa islamistische Gotteskrieger. Die WissenschaftlerInnen sagten Klima-Katastrophen und in der Folge die Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen, Kriege um zur Neige gehende Ressourcen und Migrationsbewegungen weg von unbewohnbar gewordenen Gebieten voraus. Auf anderen Feldern sieht es nicht besser aus. Asthma, Allergien, Neurodermites und andere Umweltkrankheiten nehmen zu, die Zahl der Pestizid-Vergifteten liegt unverändert jährlich bei ca. drei Millionen, das Artensterben schreitet unaufhaltsam voran, und welche Gefahren die Gentechnik heraufbeschwört, ist noch gar nicht auszumachen.

Aber wie kam es überhaupt zu dieser gefährlichen Liebschaft zwischen Ökologie und Ökonomie? Zu Beginn der Umweltbewegung wäre sie unvorstellbar gewesen. Unter dem Einfluss der 1972 erschienenen „Club of Rome“-Studie „Die Grenzen des Wachstums“ sah er die weltweit agierenden ökologischen Initiativen in der von BAYER & Co. entfachten wirtschaftlichen Dynamik auf der Jagd nach Maximal-Profit eine Bedrohung für die Lebensgrundlagen aller Menschen. Bis

Neue Bücher zu Kritik und Praxis politischer Bewegung

MYTHOS attac
 Mythos Attac. Das erste kritische Buch mit hunderten von Quellen, vor allem der Führungsgruppe von Attac, und einem Kapitel zu Perspektiven. A5, 200 S., 14,90 €.

Reich oder rechts? Verfilzungen von NGOs mit Staat, Wirtschaft, rechten und esoterischen Gruppen. A5, 298 S., 22,80 €.

Nachhallig, modern, staatsfremd
 Kritik, Friedenspositionen. A5, 220 S., 14 €.

Reader „Herrschaftskritik konkret“ Texte zur Definition von Herrschaft und zu herrschaftsfreien Visionen. A4, 70 S., 6 €.

Direct Action Kalender 2005
 Viele Seiten voller Aktionsideen, Tipps und mehr. Plus Beilage mit Adressen, Internetseiten und Platz für Einträge. A5, 4 €.

www.politikram.de.vu

weit in die 80er Jahre hinein waren die Aktivitäten der verschiedenen Gruppen von diesem Bewusstsein getragen.

In jahrzehntelangem Kampf gelang es, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die dramatische Situation zu schaffen. Die Wirtschaft aber unterschätzte die Dynamik der Bewegung und beschränkte **Aber wie kam es überhaupt zu dieser gefährlichen Liebschaft zwischen Ökologie und Ökonomie? Zu Beginn der Umweltbewegung wäre die gefährliche Liebschaft zwischen Ökologie und Ökonomie unvorstellbar gewesen.**

sich weitgehend auf dümmlich-platte Abwehr-Argumente, welche nur noch die Zustimmung für die Umweltgruppen beförderte. Entsprechend geriet die Politik zunehmend unter Druck und begann zu handeln. So kam es beispielsweise zur Debatte über den Ausstieg aus der Atomkraft. In den Vorstandsetagen und den Think-Tanks der Profitwirtschaft schrillten die Alarmsirenen. Der alljährliche Weltwirtschaftsgipfel in Davos geriet zum Krisen-Gipfel. Dort ersannen BAYER & Co. eine neue Strategie, für die der 1987

erschienene „Brundtland-Report“ das geeignete Instrumentarium bereitstellte. Dieser lieferte nämlich die Losung, welche die Umweltpolitik der kommenden Jahrzehnte bestimmen sollte: „Nachhaltige Entwicklung“. Ein solches Begriffswerkzeug eignete sich vorzüglich dazu, zusammenschmieden, was nicht zusammengehört. Auf einmal war es nämlich nicht mehr das Wachstum an sich, das an ökologische Grenzen stieß, sondern bloß das „schlechte“ Wachstum. Das „gute grüne“ Wachstum hingegen, das so genannte qualitative, gestattete der Industrie weiterhin profit-trächtige Expansion. Damit stand dann einer Liaison von Wirtschaft und Umweltschutz grundsätzlich nichts mehr im Wege. Der „Zauberspruch“ schaffte es sogar, den Umweltgipfel 1992 in Rio zu okkupieren und damit die globale Umweltbewegung auf die falsche Fährte zu locken. Kein größerer Öko-Verband, der nicht die „Nachhaltigkeit“ entdeckte - nicht zuletzt deshalb, weil für „nachhaltige“ Projekte die regierungsamtlichen Finanz-Quellen munter sprudelten.

Den langen Weg von schüchternen Annäherungsversuchen bis zu einer fest-

en Beziehung skizziert das Positionspapier „Dem Öko-Neoliberalismus widerstehen“ der Basisgruppe Reiskirchen der Initiative LANDFRIEDENSBRUCH sehr detailliert. Den VerfasserInnen zufolge setzten die

Auf einmal war es nicht mehr das Wachstum an sich, das an ökologische Grenzen stieß, sondern bloß das „schlechte“ Wachstum

Diskussionen über die Vereinbarkeit von Ökologie & Ökonomie um 1990 ein. 1992 bot dann der „Erste deutsche Umwelt-Tag“ in Würzburg die erste Gelegenheit zu einem Tête à Tête zwischen Umweltschutz-Verbänden und Umweltschmutz-Konzernen. Es war ein schlechter Tag für die Umwelt. Radikalere Gruppen mussten draußen bleiben, viele andere wollten nicht rein, so dass die VeranstalterInnen Verluste machten. Aber es war ein guter Tag für BAYER & Co. In dem überschaubaren Rahmen bahnten sich erste Diskussionen zwischen Industrie-VertreterInnen und Umweltbewegten an. Die CBG hatte diesen GAU kommen sehen und ebenso gegen den Ausschluss bestimmter Gruppen wie gegen die Co-Finanzierung durch



DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

unabhängig • feministisch • konsequent

Seit 22 Jahren bietet WIR FRAUEN 4 x jährlich auf 36 Seiten Informationen zur Politik und Gesellschaft im eigenen Land. Wir stellen Frauenprojekte vor und lassen sie selbst zu Wort kommen. Für uns geschrieben haben in den letzten Jahren u.a.: Irmtraut Morgner, Agnes Smedley, Ute Gerhard, Gisela Steineckert, Peggy Parnass, Christiane Barckhausen, Uta Ranke-Heinemann, Jutta Heinrich ...

Peggy Parnass:

»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.«



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbaren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

FORUM FÜR AUSSERPARLAMENTARISCHE FRAUENPOSITIONEN

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- Stadtplanung/Umweltschutz
- Heilslehren/Religionen
- Abenteurerinnen

WIR FRAUEN e.V. · Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
ROCHUSSTR. 43 · 40479 DÜSSELDORF
TEL 0211.491 20 78 · FAX 0211.492 13 01

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 13 €* zzgl. 2 € Porto
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

die Unternehmen protestiert. Der Leverkusener Chemie-Multi ließ den am Umwelt-Tag aufgenommenen Gesprächsfaden nicht wieder abreißen. „Chemie im Dialog“ nannte BAYER die Treffen mit KritikerInnen, die allerdings nicht allzu kritisch sein durften. Die CBG hat nie eine Einladung des Multis erhalten - und würde sie wohl auch nicht annehmen.

Auf publizistischem Gebiet rückten die Bereiche „Wirtschaft“ und „Umwelt“ ebenfalls enger zusammen. Die *Frankfurter Rundschau* und die *taz* vereinigten die beiden Ressorts und „suggerieren damit, dass Ökologie ein Teilproblem der Ökonomie wäre bzw. nur über diese umsetzbar ist“, wie die Basisgruppe Reiskirchen schreibt. Eine wichtige Richtschnur für den Schmusekurs stellte die vom BUND und MISEREOR herausgegebene und vom „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie“ durchgeführte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland - ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung“ dar. Die in hunderttausendfacher Auflage verbreitete und von den Multis in hohen Mengen für Propaganda-Zwecke geordnete „Umweltschutz-Bibel gab abermals „grünes Licht“ für eine Stei-

Rot-grüne Bundesregierung: Ökoziele geopfert

(ho) Die Umweltbilanz der rot-grünen Bundesregierung ist katastrophal und stellt eine Unterwerfung unter das Diktat des Kapitals dar. Das Fernsehmagazin *Monitor* zitiert Bundesumweltminister Jürgen Trittin hochtrabend: „All diejenigen, die in Europa Klimaschutz machen, sehen uns nach wie vor als Spitzenreiter im Klimaschutz an.“ Doch die Fakten sprechen (nicht nur lt. *Monitor*) eine andere Sprache. 1998 im Koalitionsvertrag vereinbart: Die Kohlendioxid-Emissionen sollen bis 2005 um 25 Prozent reduziert werden. Tatsache aber ist: Zwischen 1999 und 2003 stieg der CO₂-Ausstoß in Deutschland sogar an, um geschätzte 8 Millionen Tonnen.

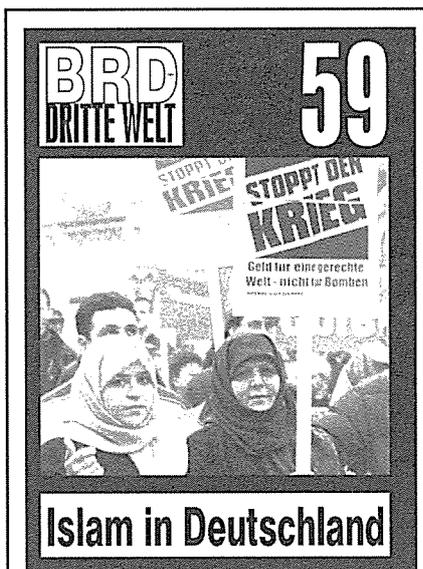
Beispiel Industrie und Energiewirtschaft: Sie sollten nach den Plänen des Bundesumweltministeriums bis 2012 rund 25 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausstoßen. Industrie- und Energiewirtschaft sind die Hauptverursacher von CO₂, aber BAYER & Co. haben auch eine mächtige Lobby. Prof. Claudia Kemfert vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“: „Es war geplant, dass 25 Millionen Tonnen CO₂ reduziert werden sollten. Letztendlich wurde ausgehandelt, dass nur 10 Millionen Tonnen CO₂ reduziert werden von der Industrie. Damit haben sich eindeutig die Wirtschaftsinteressen vor den Klimaschutz-Interessen durchgesetzt. Und in Deutschland wird es damit kaum zu CO₂-Reduktionen kommen.“

Außerdem 1998 im Koalitionsvertrag vereinbart: Rot-Grün wollte sich für die Besteuerung von Flugbenzin einsetzen. Doch daraus wurde nichts. Stattdessen sind die Flugzeug-Starts in der Bundesrepublik zwischen 1999 und 2002 um 75.000 angestiegen. Dabei wurden 1,8 Millionen Tonnen des Klimagifts CO₂ zusätzlich ausgestoßen.

1998 im Koalitionsvertrag vereinbart: Die Forschung für zukunftsfähige Energieversorgung sollte gefördert werden. Doch auch in diesem Bereich nur magere Ergebnisse: Andere Länder stecken Milliarden Dollar in die Forschung im Energiesektor. Hierzulande waren es im Jahre 2002 gerade mal 249 Millionen. Prof. Claudia Kemfert: „Im internationalen Vergleich können wir beobachten, dass Deutschland weit hinter solchen Ländern wie USA und Japan zurückliegt. In den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, im Energiebereich und diese derzeit auch noch reduziert. Das ist höchst bedauerlich.“

1998 im Koalitionsvertrag vereinbart: Der Verkehr sollte von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Doch von einer solchen Verlagerung kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Zwischen 1998 und 2004 stieg der Kraftfahrzeug-Verkehr um fünf Millionen Fahrzeuge an. Prof. Friedrich-Wilhelm Gerstengarbe: „Die Bundesregierung steuert im Verkehrswegeplan, leider Gottes, klimapolitisch noch nicht um. Es ist sogar so, dass die Pläne für den Ausbau der Straßen, für den Kraftverkehr ausgeweitet werden.“

Monitor-Moderatorin Sonia Mikisch bringt einen Vergleich: Mit fast 20 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf ist Amerika der größte Klimaverschmutzer weltweit. Deutschland hat nur halb soviel Ausstoß. Kein Grund sich zurückzulehnen. Denn alle anderen größeren, europäischen Länder stoßen sehr viel weniger CO₂ aus als Deutschland, der selbsternannte grüne Spitzenreiter.



Der Islam – eine Bedrohung für Europa? Das Kopftuch – politische Propaganda? Die Moschee – Arbeitsplatz von Hass-Predigern?

Reinhard Pohl:

ISLAM in DEUTSCHLAND

2004, 48 Seiten, 2 Euro

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6,
24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82

gerung des Bruttosozialprodukts. Folgerichtig formulierte ihr Autor, Reinhard Loske, „Thesen zur Erneuerung bündnisgrüner Umweltpolitik“, die unumwunden auf Brautschau gingen. In dem Text heißt es unter anderem, dass „in manchen Bereichen aus Feindbildern wie der chemischen Industrie Vorbilder geworden“ sind.

Das Darmstädter Öko-Institut gelangte in seiner 1997 publizierten Untersuchung des HOECHST-Konzerns, mittler-

weile „Lost in Globalization“, zu einem ähnlich positiven Ergebnis. „Inzwischen hat sich HOECHST in einer Weise verändert, die beim ersten Kontakt unvorstellbar war“, bescheinigten die ehemals kritischen WissenschaftlerInnen dem IG-Farben-Nachfolger. Die wundersame Verwandlung machten sie vor allem an der Trennung von der Chemie-Sparte fest. Allerdings hatte den ManagerInnen nicht ihr schlechtes grünes Gewissen den Verkauf eines lukrativen Unternehmensteils

eingeflüstert. Sie folgten vielmehr bloß der von den Aktien-Märkten ausgegebenen Strategie „Konzentration auf das Kern-Geschäft“. Diesen ökonomischen Gesamtzusammenhang ignorierte das Öko-Institut einfach, wie Herbert Steeg in seiner *Stichwort BAYER*-Kritik von „HOECHST Nachhaltig“ konstatierte (Heft 4/98). Es beschränkte sich lediglich darauf, gemeinsam mit dem Unternehmen unverbindliche Leitlinien für eine „nachhaltige“ Produktion aufzustellen und zwei grüne Vorzeige-Projekte zu begutachten. Aber nicht einmal das ausgestellte „Nachhaltigkeitstestat“ für Dachabdichtungen aus Kunststoff und den Lebensmittel-Konservierungsstoff Sorbinsäure, beides für den Export nach China bestimmt, hält strengeren ökologischen Maßstäben stand. „Wer Umweltschutz auf die Optimierung des Bestehenden reduziert, der reduziert den Umweltschutz, der wird schließlich von der Industrie aufgesaugt und am Ende völlig unkenntlich“, lautete deshalb die inzwischen von der Wirklichkeit bestätigte Prognose von Herbert Steeg.

Es hatten sich also nicht so sehr die Konzerne als vielmehr die Umweltbeweg-

ten verändert. Immer weniger AktivistInnen der ersten Stunde fanden sich in ihren Reihen. PragmatikerInnen, die niemals bei Aktionen die Macht der Konzerne zu spüren bekommen hatten, ersetzten sie. Und ganz pragmatisch kümmerten sich die neuen Öko-ManagerInnen auch um das auskömmliche Überleben ihrer Organisationen. Der BUND FÜR UMWELT- UND NATURSCHUTZ (BUND) nahm Spenden von BAYER an. Die Zeitschrift *natur & kosmos* richtete gemeinsam mit dem Leverkusener Chemie-Multi einen Wettbewerb zur Ermittlung des schönsten Naturfotos aus und bot ihm damit eine ausgezeichnete Plattform fürs „Greenwashing“. Die Grünen-Zeitschrift *Schrägstrich* schließlich druckte eine Anzeige des Pharma-Riesen (siehe auch SWB 1/04) und anderer Global Player. Der Einzug der Partei in Landes- und Bundesparlamente sowie auf die entsprechenden Regierungsbänke beschleunigte den „Abschied von gestern“ dann noch einmal.

So wurde die Ökologie-Bewegung, was sie heute zu weiten Teilen ist. Gefangen im faustischen Pakt mit der Industrie, muss sie sich sogar ermahnen lassen,

doch auch die „ökonomische Nachhaltigkeit“ im Auge zu haben. Sponsoring und Berater-Verträge mit der Industrie haben konsequente Aktionen gegen die Urheber der Umweltverschmutzung längst ersetzt. Aber es gibt noch immer Gruppen, die eine Kooperation mit BAYER & Co. ablehnen und in Wort und Tat deutlich machen, dass ein wirklicher Schutz von Mensch, Tier und Umwelt radikale gesellschaftliche Veränderungen verlangt. Um diese Position zu stärken, ist es erst einmal notwendig, die Maxime von der „Nachhaltigen Entwicklung“ als ideologischer Brückenkopf zwischen Ökologie & Ökonomie einer Fundamentalkritik zu unterziehen und den Umwelt-Gedanken als Ganzes wieder stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. In Teilgebiete wie „Atomkraft“, „Klimaschutz“, „Chemikalien-Gesetz“ aufgesplittet, bietet er sich nämlich zu mundgerecht dar, um den grünen RealpolitikerInnen Bauchschmerzen zu bereiten. Aber vielleicht fallen uns am 27. November auf der CBG-Jahrestagung „Ökonomie frisst Ökologie - Goldene Bilanzen für BAYER & Co.“ ja noch ganz andere Auswege aus der nachhaltigen Krise der Ökologie ein.

Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

Im Interesse zukünftiger Generationen.


UMWELT FONDS
 LEBEN STATT PROFIT

Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210
 Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
 40081 Düsseldorf

**Ja, ich will
 Geld zielorientiert
 anlegen:**

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Fon, Fax _____

E-Mail _____

Alter _____

GREENPEACE-Einspruch gescheitert

BAYERs Pflanzen-Patent



BAYERs Zugriff auf die Natur schreitet unaufhaltsam voran. Mitte Juni sprach das Europäische Patentamt (EPA) dem Leverkusener Chemie-Multi ein Patent auf genmanipulierte Pflanzen-Sorten zu und wies damit einen Einspruch der Initiativen GREENPEACE und KEIN PATENT AUF LEBEN ab.

Von Jan Pehrke

Mit der Gentechnik entdeckten BAYER & Co. Bestandteile von Menschen, Tieren und Pflanzen als Rohstoff für Produkt-Entwicklungen. Aber damit die Natur zu Ware werden kann, müssen die Konzerne Copyright auf ihre Kreationen beanspruchen dürfen. Genau das gestatteten die

damaligen Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums jedoch nicht. Patente auf „im Wesentlichen biologische Verfahren“ schlossen sie aus. Deshalb drängten die Global Player die Politik dazu, die Regelungen den Unternehmensinteressen anzupassen. Zunächst überwandten so

Bakterien die biologischen Gattungsgrenzen des Paragrafen-Werks. Dann nahmen peu à peu immer höhere Lebewesen die Hindernisse. Eine andere große Hürde stand den Multis indes noch im Weg. Als patentierbar sahen die Vorschriften nur Erfindungen an, und Erfindungen waren



sten in Sachen „gen-manipuliertes Saatgut“ gemacht. Die beiden Multis verfügen gemeinsam über 50 Prozent aller bundesrepublikanischen Patente in diesem Bereich.

„Eine sehr verhängnisvolle Grundsatz-Entscheidung“ nannte Christoph Then von GREENPEACE hingegen den Richterspruch. „Diese Patente zwingen Landwir-

„Eine sehr verhängnisvolle Grundsatz-Entscheidung“, so Christoph Then von GREENPEACE

te in Europa und weltweit in direkte Abhängigkeit der Konzerne und gefährden damit die Welternährung“, so der Gentechnik-Experte. Then zufolge dürfte BAYER in Zukunft das Gen-Saatgut zusammen mit dem Herbizid BASTA im Kombi-Pack anbieten und den LandwirtInnen alljährlich Lizenz-Gebühren für die Saaten abverlangen. Um das zu verhindern, unterstützt der Bauernverband die GREENPEACE-Forderung nach einer neuen, präziser gefassten EU-Patentrichtlinie.

Auch die Umwelt erlitt am 15.6. eine Niederlage. Da das BASTA Mais, Reis, Tomaten und Bohnen nichts anhaben kann, ist ein sorgloserer Umgang mit dem Ackergift absehbar. Das haben bisherige Studien ebenso gezeigt wie eine Reduzierung der Artenvielfalt beim Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen.

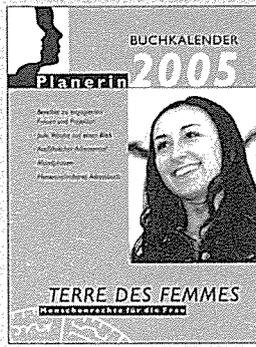
Deshalb ist es jetzt an VerbraucherschützerInnen und anderen Gentechnik-GegnerInnen, durch Protest-Aktionen ihren Einspruch gegen den gescheiterten Einspruch zu artikulieren.

BAYERs Labor-Funde wie Darmkrebs-Zellen, Stärke-Moleküle oder bestimmte Stoffwechsel-Proteine beim besten Willen nicht. Also schmuggelten die Gen-Giganten den Begriff „Entdeckung“ in die Gesetzes-Bücher. Am 15.6. 2004 trieb dann der Pharma-Riese die Abbrucharbeiten am Patent-Recht noch ein Stück weiter. Das in München ansässige Europäische Patentamt erteilte BAYER ein Patent auf gentechnisch gegen das Anti-Unkrautmittel BASTA immunisierte Pflanzen wie Mais, Bohnen, Reis und Tomaten, und zwar „alle Pflanzen-Zellen, -Teile, Pflanzen und Samen“ umfassend. Das entspricht zwar nicht den Statuten, aber BAYERs findige Patent-AnwältInnen tricksten die Behörde aus. Sie vermieden in den Anmelde-Unterlagen einfach das Wort „Pflanzen-Sorten“ und profitierten so von den zu vage festgelegten Patent-

Bestimmungen. Ebenso vage formulierten die ExpertInnen des Münchner Amtes in der Verhandlung ihre Vorbehalte gegen den Einspruch von GREENPEACE und KEIN PATENT AUF LEBEN. Ihrer Auffassung nach könne ein Patent auch einzelne Pflanzen-Sorten umfassen; einen Anspruch auf geistiges Eigentum an einer bestimmten Pflanzen-Sorte insgesamt sei jedoch ausgeschlossen. Das verstehe, wer will. Trotzdem hat das Urteil niemanden so richtig überrascht. Die Beschwerde-Kammer ist nämlich keine unabhängige Instanz, sondern eine Unterabteilung des EPA. „Kontrolle? Fehlanzeige!“, kommentierte deshalb der *Weser-Kurier* das Urteil.

BAYER aber jubilierte: „Eine gute Entscheidung für Innovationen“. Entscheidungen dieser Art haben den Konzern in Tateinheit mit BASF zu einem Monopoli-

TERRE DES FEMMES – MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



Buchkalender für Frauen
Planerin 2005

- A5-Format, jede Woche auf einen Blick
- Berichte zu engagierten Frauen und Projekten
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Ferienterminen
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Umschlag mit Einschubfach
- Herausnehmbares Adressbuch
- 12,- €, erhältlich bei:
TERRE DES FEMMES oder im Buchhandel: ISBN 3-936823-03-0

AbsenderIn

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

■ Ich bin sehr an der Arbeit von TERRE DES FEMMES interessiert, Bitte schicken Sie mir mehr Informationen

■ Bitte schicken Sie mir die Planerin.

Anzahl: _____

TERRE DES FEMMES e.V.
 Postfach 2565
 72015 Tübingen
 Tel. 07071/7973-0
 Fax 07071/7973-22
 E-Mail: tdf@frauenrechte.de
 www.frauenrechte.de

Des Mörderkonzerns williger Helfer

Ludwig Erhard und die IG FARBEN



Anlässlich des 60. Jahrestags des Attentats auf Adolf Hitler mehrten sich Berichte über den Initiator des deutschen „Wirtschaftswunders“ und Gestalter der „sozialen Marktwirtschaft“, Prof. Dr. Ludwig Erhard. Mit dem Ansinnen, ihn zum Widerstandskreis der Männer um den 20. Juli zu zählen, wird von seiner wirklichen Rolle als Retter deutscher Kriegsverbrecher-Konzerne abgelenkt.

Von Janis Schmelzer

Seit 1943 diente Ludwig Erhard der Reichsgruppe Industrie und den IG FARBEN als wirtschaftswissenschaftlicher Berater. In dieser Eigenschaft war er in die Pläne der Rettung deutscher Vermögen durch Überführung in die Schweiz

eingeweiht. Nach 1945 konnte er seine politische Karriere für deren Rückführung aus der Schweiz nutzen. Dabei halfen enge Kontakte zur „Gesellschaft der Schuldner zum Schneggen“, einer Schweizer Vereinigung pro-deutscher Bankiers,

Professoren, Fabrikanten, Anwälte und Ingenieure. In einem Rückblick auf die ersten Nachkriegsjahre berichtet die „Handelskammer Deutschland-Schweiz“: „Man kann es sich heute kaum vorstellen, was damals dazugehörte, sich für eine



schweizerisch-deutschen Verhandlungsdelegation vom 13. Juni 1940 geht hervor, dass Homberger der deutschen Seite Vorschläge für ein Lieferprogramm unterbreiten werde, an denen die Wehrmacht tatsächlich interessiert war. Neueste Forschungsergebnisse erweitern die Rolle Hombergers als zentrale Figur für Fragen der Nachkriegswirtschaft. Von deutscher Seite signalisierte ein kleiner Kreis den Wunsch nach Partnerschaften mit neutralen Staaten über das Schweizer „Komitee“. Dieses „Komitee“ bestand aus einer „Dreiergruppe“ der Schweizer Groß-

Die Reichsgruppe „Industrie“ und die IG FARBEN legten fest: Auf der Grundlage der Akten „wird Herr Dr. Erhard eine systematische und kritische Darstellung der Schweizer Nachkriegsvorbereitung ausarbeiten“

banken, namhafter Industrie-Firmen und den zuständigen Bundes-Ressorts. Hans Kehrl, Präsident der Reichswirtschaftskammer und Hauptabteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium, der über umfangreiches Material zu den

Beziehung zu Deutschland einzusetzen und sogar dafür zur Verfügung zu stehen. Die Zivilcourage war diesen 'Männern der ersten Stunde' eigen und liess sie ihre vorsichtig gesteckten Ziele erreichen." Ab 1955 traf Erhard seine Schweizer Kollegen in neuer Funktion. Zu einem direkten Partner aus der Kriegszeit zählt Dr. Heinrich Homberger (1896-1980). Homberger, die führende Persönlichkeit des „Spitzenverbandes der Schweizerischen

Wirtschaft“ gilt als Architekt der Schweizerischen Außenwirtschaftspolitik im Zweiten Weltkrieg. Unmittelbar nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf Frankreich erklärte Homberger: „Wir haben nun gute Vorwände, um die Lieferungen an die Westmächte zurückzuhalten (...). Wir können Deutschland zeigen, dass wir bestrebt sind, das zu liefern, was wir in der Lage sind.“ Aus dem Protokoll einer internen Besprechung der



Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.

Besitzen Sie Bayer-Aktien?

Kritische BAYER-AktionärInnen • *Coordination gegen BAYER-Gefahren*
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fon 0211 - 333911 • Fax 0211 - 333940
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____ Alter: _____

Adresse : _____

Telefon : _____ Fax: _____

Nachkriegsvorstellungen der Neutralen und befreundeten Länder verfügte, erklärte in einer Rede im März 1944: „Die deutsche Staatsführung will und kann im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Generallinie für die deutsche Konzeption einer

Es war gewiss kein Zufall, dass Prof. Dr. Erhard und Dr. Prentzel, ehemaliger führender IG FARBEN-Vertreter, sich 1948 als Leiter der „Verwaltung Wirtschaft“ in der Bizone wiederfanden. Nach der Gründung des Bonner Staates arrangierten sie gemeinsam die „Entflechtung“ der IG FARBEN-Industrie im Interesse des Chemie-Konzerns

wirtschaftlichen Nachkriegsgestaltung des kontinentaleuropäischen Raumes geben“. Kehrl selbst fühlte sich berufen, sich für diese Aufgabe im Interesse der deutschen Konzerne einzusetzen.

Im Auftrag von Kehrl nahmen der Leiter der Deutschen Industriekommission und IG-FARBEN-Vertreter Major Dr. Heinrich Gäfgen sowie der Leiter der Abteilung „Außenwirtschaft“ der Reichsgruppe Industrie, Dr. Karl Albrecht, im Frühjahr 1944 direkte Verbindungen zu den zuständigen schweizerischen Bundesressorts über Homberger auf. Albrecht besuchte im April 1944 Homberger mit dem Ergebnis einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ beider Gremien. Im Mai 1944 zog Albrecht den Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-FARBEN-Spionagezentrale „Büro Berlin NW 7“, Dr. Reithinger, und den Leiter des Industrieforschungs-Instituts in Nürnberg, Dr. Ludwig Erhard hinzu.

Die Reichsgruppe „Industrie“ und die IG FARBEN legten fest: Auf der Grundlage der Akten „wird Herr Dr. Erhard eine systematische und kritische Darstellung der Schweizer Nachkriegsvorbereitung ausarbeiten“. Um den 20. Juli 1944 herum befasste sich Erhard eingehend mit den aus der Schweiz erhaltenen Informationen, um die Haltung der Schweizer Regierung und der Schweizer Wirtschaftskreise zu den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen für die Nachkriegszeit zu erforschen. Die unabhängige Expertenkommission „Schweiz-Zweiter Weltkrieg“ legt im Band 9 „Tarnung, Transfer, Transit“ den heutigen Erkenntnisstand zur seinerzeitigen Haltung der Schweizer Behörden gegenüber den deutschen Produktionsverlagerungen und Verschiebungen dar. Demnach waren die

zuständigen Bundesressorts, darunter Dr. Heinrich Homberger, über die umfangreichen Vermögensverlagerungen informiert. Die Adenauer'sche „Arbeitsgruppe Schweiz“ und das „Gegenkomitee“ der Schweiz unter Leitung des Generaldirektors von der Schweizerischen Kreditanstalt, Dr. Peter Vieli, erreichten dank der gemeinsamen Hinhalte-Taktik, dass die deutschen Unternehmer der RM-Abwertung entgehen konnten. „Die deutschen Vermögen in der Schweiz... blieben weitgehend erhalten und gelangten im Lauf der fünfziger Jahre an ihre deutschen Eigentümer zurück.“

1977 veröffentlichte die Ludwig-Erhard-Stiftung den Faksimiledruck „Ludwig Erhard: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ aus dem Jahre 1943/44. In seinen Vorbemerkungen stellt Erhard sich als zum engsten Kreis der Verschwörer des 20. Juli gehörig vor. In Verzicht auf seine akademische Laufbahn, wegen



Proteste vor der IG-FARBEN-Hauptversammlung

der offiziellen Weigerung Mitglied der NSDAP und deren Gliederungen zu werden, habe er mit Hilfe „gestandener Männer“ der deutschen Wirtschaft, den Herren Wilhelm Zangen (MANNESMANN-Generaldirektor und Leiter der Reichsgruppe „Industrie“), Karl Blessing (Vorstandsmitglied der KONTINENTALEN ÖLGESELLSCHAFT und Mitglied des „Freundeskreises Reichsführer SS“), und Karl Guth (Hauptgeschäftsführer der RGI, Schwager von Erhard) wieder Fuß gefasst. Der zum Tode verurteilte und hingerichtete Goerdeler habe seine Denkschrift erhalten, diese in seinem Testament positiv erwähnt und ihn zum Wirtschaftsberater der neuen Regierung empfohlen. Erhards Freund, der Politik-Wissenschaftler Theodor Eschenburg, berichtete über das „Schicksal“ der Kurzfassung der Denkschrift 1943/44, in der es angeblich

in den ersten Sätzen geheißen habe, dass es „einwandfrei feststehe, dass Deutschland den Krieg verloren hätte“. Angesichts der Gefahr der Verhaftung wegen Hoch- und Landesverrates, nicht nur Ludwig Erhards, sondern auch der Mitwisser seien sämtliche Kopien vernichtet worden. Erhard selbst habe sich den Beobachtungen der Gestapo entzogen, indem er sein Domizil nach Bayreuth verlegen konnte. Zur gleichen Zeit soll er dem Staatssekretär, Mitglied des Zentralen Planungsamtes im Reichswirtschaftsministerium, SS-Führer Otto Ohlendorf, bei der Ausarbeitung des letzten Kriegsfinanzierungs-Berichtes „Verordnung zur Sicherung der Deutschen Währung“ vom 3. Januar 1945 als Berater zur Verfügung gestanden haben. Ohlendorf wurde im Nürnberger Einsatzgruppen-Prozeß 1948 zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet. Es war gewiss kein Zufall, dass Prof. Dr. Erhard und Dr. Prentzel, ehemaliger führender IG FARBEN-Vertreter, sich 1948 als Leiter der „Verwaltung Wirtschaft“ in der Bizone wiederfanden. Nach der Gründung des Bonner Staates arrangierten sie gemeinsam die „Entflechtung“ der IG FARBEN-Industrie im Interesse des Chemie-Konzerns. Um eine konkurrenzfähige Wirtschaft zu gewährleisten, seien die ehemaligen „leitenden Herren der IG“ gerade die „besten Männer“ für Leitungspositionen bei den Nachfolge-Gesellschaften. Sie seien „am geeignetsten für die Liquidation und Führung“, zumal diese Herren schon selbst Entflechtungspläne entworfen hätten. Nach den Alliierten Gesetzen seien zwar Kriegsverbrecher für die Besetzung solcher Posten grundsätzlich auszuschließen, doch „...bei vielen Deutschen (sei) eine innere Wandlung erfolgt. Im Himmel sei mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 1000 Gerechte,“ argumentierte Erhard, verantwortlich für diesbezügliche Entscheidungen in Personalfragen.

Wer hilft? Manuell und/oder mit
Spende. Damit die Armen nicht noch
ärmer werden.

Projekt I:
Kinderdorf für Obdachlose in Russland
Projekt II:
Ökozentrum in Indien
Stiftung Baubiologie
Architektur Umweltmedizin
83115 Neubeuern

Raiffeisenbank Rosenheim
BLZ 711 601 61 Kto. 810 14 00

GUDRUN HERRBOLD/DONALD BECKER 106 JAHRE HEROIN®

EIN FESTAKT – PERFORMATIVER TRIP DURCH DEN BAYER-KOSMOS

Abfahrt 15.10., 18.00 h /// FFT Kammerspiele, Jahnstr. 3, 40215 Düsseldorf /// Rückfahrt: ca. 21.30 h /// 15 / 8 Euro



FFT

Die BAYER AG verdankt ihren Aufstieg nicht zuletzt der Erfolgsgeschichte des Schmerzmittels ASPIRIN®. Vor fast 6 Jahren beging man aus diesem Grund das Jubiläum »100 Jahre Aspirin«. Fast zeitgleich wurde 1898 im selben Labor ein Präparat entwickelt, das einen ähnlichen Siegeszug um die Welt antrat: HEROIN® das bis 1940 als Hustenmittel vertrieben wurde. Da BAYER in diesem Fall kein Jubiläum feierte, holen wir dies nun nach: »106 Jahre HEROIN® – ein Festakt« beschäftigt sich unter anderem mit einem

Teil der Firmengeschichte, der nie offiziell wurde. Urheberintrigen, Testreihen an Werksangehörigen und aggressive Pharmastrategien liefern den Stoff für einen dokumentarischen Theaterabend. Gudrun Herrbold und Donald Becker führen ihr Stück als Abschluss einer Busreise auf, die die Zuschauer von Düsseldorf aus in den Bayer-Kosmos Leverkusen führt. An Bord des Busses kommentiert ein Mitglied der »Coordination gegen Bayergefahren« die Verflechtungen des Konzerns mit der Stadt Leverkusen.

100 Jahre BAYER-Werkssport

Elf Werbeträger müsst ihr sein



Jubiläumsgast Gerhard Schröder

Am 1. Juli 1904 wurde der „Turn- und Spielverein der Farbenfabriken vorm. Friedrich BAYER & Co.“ gegründet. Auf dieses Datum beruft sich der nach vielen Häutungen, Fusionen und Neugründungen entstandene TSV BAYER 04 Leverkusen und begeht deshalb in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen.

Von Siggie Emmerich

Im BAYER-Erholungshaus fand am 3. Juli 2004 ein von der BAYER AG ausgerichtetes Festakt statt, dessen prominentester Gast Bundeskanzler Gerhard Schröder war. Weiter gaben sich die Ehre: Dr.

Michael Vesper, stellvertretender Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Thomas Bach, Vizepräsident des „Internationalen Olympischen Komitees“ (IOC), Dr. Klaus Steinbach, Präsident des

„Nationalen Olympischen Komitees“ (NOK), Manfred von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), und der BAYER-Vorstandsvorsitzende Werner Wenning. Im Auftrag des Bundespräsi-



Gewohnt devot: Der Genosse der Bosse

denten wurde eine besondere Ehrung für das „runde“ Jubiläum vorgenommen. Von soviel Prominenz und einer solchen Ehrung war beim 100sten Geburtstag des traditionsreichen FC Schalke 04 nichts zu hören oder sehen. Das hat seine Gründe wohl in dem speziellen Dasein des TSV BAYER 04 als Werksverein. Was da geehrt wird, beurteilte die - auch sozialdemokratische - Arbeiter(sport)bewegung einst ungefähr so: „(Es) soll unter Anwendung aller äußeren und inneren Methoden der modernen Pädagogik und der angewandten Psychologie, mit Hilfe von Werkschulen, Lehrlingswerkstätten, Lehrlingsvereinen, Unterstützungskassen, Werkskasinos, Werkwohlfahrtseinrichtungen, Sportklubs und anderem mehr die Arbeiterschaft in eine ganz enge innere, seelisch verankerte Verbindung mit dem Betrieb gebracht werden, so dass sie mit der Zeit alles Interesse an ihren Berufs- und Industrieverbänden verlieren soll. Daneben geht man mit Propaganda-Broschüren, Werkzeitungen und anderen, der modernen Reklame-Psychologie entlehnten 'Aufklärungsmitteln' darauf aus, die Arbeiter vor dem marxistisch-sozialistischen Geist in den Gewerkschaften graulich zu machen. Durch pseudowissenschaftliche Vorträge und Schriften versucht man ihnen die Überzeugung beizubringen, die 'im marxistischen Dogma gefangen gehaltenen Gewerkschaften' hätten mit allen ihren sozialen und wirt-

schaftspolitischen Bestrebungen Schiffbruch erlitten, und nur die Werksgemeinschaft zwischen Unternehmer und Werkbelegschaft sei imstande, die gegenwärtige deutsche Wirtschafts- und Arbeitsnot zu beseitigen“. Dieses Zitat entstammt einer Analyse von Fritz Fricke, die 1927 unter dem Titel „Sie suchen die Seele“ im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschien. Die Wohlfahrtseinrichtungen rund um das Leverkusener BAYER-Werk werden gerade abgerissen, der Sport bleibt. Denn er rentiert sich. Vor etwa zehn Jahren hat der BAYER-Konzern eine Neuausrichtung - weg vom Breitensport, verstärkt hin zum medienwirksamen Leistungssport - vorgenommen. Heute gibt die Werksführung etwa 35 Mio. Euro für seine Sportabteilung aus, davon allein 15 Mio. Euro für den Fußball. Trotzdem veranlasste Schröder das auf der Feier „Anerkennung für ein Unternehmen“ zu äußern, „das in diesen schwierigen Zeiten nicht nur in kalten Zahlen rechnet, sondern Sponsoring für Sport und Kultur weiter aufrecht erhält.“ Bei den 35 Mio. handelt es sich aber um wohl investierte Werbe-Kosten. Dafür wandelte BAYER den Club extra in eine GmbH um und zwang den „Deutschen Fußball-Verband“ damit, seine Statuten zu ändern. „Zum Zweck des Einsatzes als Werbeträger für die BAYER AG“ kickt die Mannschaft seither laut Handelsregister und erspart dem Chemie-Multi so Steuern

in Millionen-Höhe.

Ohne weitere Ausgaben verschaffen Fußballer und LeichtathletInnen, aber auch die speziell image-fördernden BehindertensportlerInnen der Marke BAYER publicity-trächtige Auftritte bei Fußballwelt- und Europameisterschaften, Olympischen Spielen und anderen Großereignissen fernab von Störfällen, Pharma-Skandalen und Arbeitsplatzvernichtung. Ihr Werbe-Wert beläuft sich dabei auf 80 Mio. Euro, wie die Marketing-StrategInnen des Unternehmens ausgerechnet haben. Fürwahr eine Erfolgsstory. Aber dieser Erfolg schützte die Konzern-Kicker nicht davor, in das BAYER-typische Kostensenkungsprogramm zu geraten. Erstes Opfer: Manager Reiner Calmund, der immer mehr geklotzt als gekleckert hat und beim Sportler-Shopping gerne auch einmal fünfte hat gerade sein lassen. Im Bundesliga-Geschäft gehe es bisweilen „hart am Rande der Legalität“ zu, bekannte Calmund einmal. Ob er bei dem Transfer der beiden kroatischen Fußballer Jurica Vranjes und Marko Babic noch dort stand, bezweifelte nicht nur *Spiegel-online* stark. StaatsanwältInnen in Udine, Klagenfurt und Köln ermittelten in der Sache: Millionen-Summen zahlte Reiner Calmund auf ein Schweizer Nummernkonto mit seinem Geburtsdatum als Kennwort, die bei ihrem Club nie angekommen sind. Allerdings dürfte eher Calmunds Kaufsucht für seine Entlassung verantwortlich sein, denn mit Staatsanwaltschaften hat der Konzern auch schon zu Genüge Bekanntheit gemacht. Eine verschlankte Fußball-Abteilung verspricht einfach noch mehr „return on investment“ für die nächsten 100 Jahre.

TIERBEFREIUNG

das aktuelle Tierrechtsmagazin



TIERBEFREIUNG berichtet 4x jährlich über alle Tierrechts-relevanten Themen. Als Mitglied von die tierbefreier e.V. erhältst du das Magazin kostenlos frei Haus. Für Leute mit kleinem Geldbeutel gibts das Abo für nur 15 Euro im Jahr.

Online Mitgliedschaft/Abo unter:
www.die-tierbefreier.de
 oder schriftlich an:
 die tierbefreier e.V.
 Schmilnksystr.7
 20099 Hamburg

Nachruf zum Chemie-Tarifabschluss

IG BCE auf BAYER-Kurs

in Abschluss mit Augenmaß" so die Chemie-Vorstände zum Ergebnis der Tarifrunde 2004. In Wahrheit bedeutet er eine Schlechterstellung der Belegschaften, denn die Erhöhungen liegen unter der Entwicklung der realen Lebenshaltungskosten. Auszubildende gehen sogar leer aus und erhalten keinen müden Euro zusätzlich. Zugleich wurde das Tarifrecht, die letzte Waffe der Beschäftigten im Kampf um ihre Rechte im Betrieb, klammheimlich unterminiert.

Von Axel Köhler-Schnura



Nach offizieller Lesart der INDUSTRIE-GEWERKSCHAFT BERGBAU-CHEMIE-ENERGIE (IG BCE) wurden im Rahmen der diesjährigen Tarif-Verhandlungen 2,1 Prozent Lohn-Erhöhungen „erkämpft“. Nach Rausrechnung aller mindernden Faktoren kommt jedoch lediglich eine Erhöhung von 1,5 Prozent für 12 Monate zustande. Und das geht so: Die Laufzeit des Vertrages beträgt 13 Monate und beinhaltet einen vorgeschalteten „Leermonat“. Hinzu kommen 0,6 Prozent für zwölf Monate als Einmalzahlung im Oktober 2004. Die Einmalzahlung geht nicht in die Tarifsätze ein, ist somit nicht Grundlage für aufbauende Berechnungen im Zuge der kommenden Tarif-Runden. Zudem wird die Einmalzahlung in vielen Fällen wegfallen oder gekürzt werden, denn „Arbeitgeber“ und Betriebsrat können dies aus „wirtschaftlichen Gründen“ beschließen.

Schlimmer ist jedoch, dass die Chemie-Gewerkschaft mit diesem Abschluss Prinzipien der Tarif-Autonomie ohne Widerstand preisgegeben hat. Vereinba-

rungen des Abschlusses können in den einzelnen Betrieben wieder aufgehoben werden. Es besteht keine Unantastbarkeit des Tarifabschlusses mehr. Der lautstarke Forderung der vereinigten Unternehmenschaft nach Preisgabe des Tarifrechts wurde damit ein erster Erfolg beschert - ohne jeden Kampf.

Weiterhin aktualisierten Gewerkschaft und Unternehmer-Verband den Tarif-Vertrag „Zukunft durch Ausbildung“. Bis 2007 wurde eine Erhöhung der Ausbildungszahlen um sieben Prozent vereinbart. Im Gegenzug erhalten die jetzigen Azubis keine Tarif-Erhöhung, sondern lediglich die - eventuell wegfallende - Einmalzahlung. Damit hat die IG BCE wieder einer Unternehmerforderung nachgegeben, die den Wegfall „ausbildungshemmender“ Ausbildungsvergütungen fordert und verlangt, die Zahlungen nicht weiter zu erhöhen.

Wichtiger allerdings für die Chemie-Kapitalisten war, dass - dank einer politischen Intervention der IG BCE bei Super-

minister Clement - solche Branchen-Vereinbarungen über Lehrstellen Vorrang vor einem möglichen Ausbildungsgesetz haben. Mittlerweile ist dieses Gesetzes-Vorhaben ganz vom Tisch, zugunsten eines vagen „Versprechens“ der Unternehmer, „mehr“ Ausbildungsplätze bereitzustellen. Eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ mehr, die genauso viel wert ist wie alle anderen: Allein in Nordrhein-Westfalen suchten Anfang August immer noch 39.000 Jugendliche eine Lehrstelle. Verantwortlich für den Deal ist einmal mehr Wolfgang Clement, aufgrund seiner traditionell guten Kontakte zur Konzern-Zentrale in Leverkusen auch BAYER-Klon genannt. Für die Chemie-Branche jedenfalls war so oder so klar: Sie brauchen nicht zahlen.

Damit war das Werk vollbracht: Die IG BCE unter Führung des BAYER-Aufsichtsrats Hubertus Schmoldt hat sich einmal mehr als Erfüllungsgehilfe der Unternehmenschaft erwiesen. Sie wird damit nicht nur ihren Mitgliederstand weiter senken, sondern fällt ihren Bruder-Gewerkschaften in den Rücken und gefährdet die Zukunft der Interessensvertretungen überhaupt. Entsprechend ist die Unternehmerpresse wie etwa die *Rheinische Post* voll des Lobs: „So geht's auch - auch ohne Warnstreiks und Trillerpfeifen lässt sich ein Abschluss finden.“

In den Betrieben, in denen die IG BCE sowieso kaum Rückhalt hat, war das Murren über den Abschluss unüberhörbar. Zynischerweise bringen die Gewerkschaftsfunktionäre die KollegInnen mit Verweis auf das Damoklesschwert der Arbeitsplatz-Vernichtung zur Ruhe.

JETZT ANMELDENwww.CBGnetwork.org

JAHRES- TAGUNG 2004

Samstag, 27.11.2004
DÜSSELDORF
(ganztägig)

„Ökonomie frisst Ökologie.“

**Goldene Bilanzen
für BAYER und Co.**

Für Konzernprofite bleibt der Umweltschutz auf der Strecke. Unsere Jahrestagung soll Mut machen zur Gegenwehr. Konkret, faktenreich und anschaulich.

JAHRESTAGUNG 2004

Samstag, 27. November 2004

C
O
O
P
E
R
A
T
I
O
N

Bitte schickt mir weitere Informationen.

Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2004 der CBG
(Tagesgebühr o. Übern. u. o. Verpfl. für Mitglieder 15 €, für Nicht-Mitglieder 20 €.
Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch.

Ich bin Mitglied Ja Nein

Ich möchte Mitglied werden (Jahresbeitrag mind. 60 €). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.

Name _____

Adresse _____

Bank _____

BLZ _____

Kto.-Nr. _____

Unterschrift _____

Alter _____

Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 1504 18,

D-40081 Düsseldorf, Fon (0)2 11 - 33 39 11, Fax (0)2 11 - 33 39 40, eMmail CBGnetwork@aol.com



England: BAYER-Klage gegen UmweltschützerInnen gescheitert

„Schlag gegen Geheimnistuerei der Konzerne“



Der BAYER-Konzern versuchte mit einer Klage zu verhindern, dass der englische Umweltverband FRIENDS OF THE EARTH (FOE) Studienergebnisse über Risiken des Pestizids Glufosinat veröffentlicht. Obwohl die besagten Untersuchungen in mehreren Ländern frei zugänglich sind, wollte der Konzern bei Zuwiderhandlung hohe Strafzahlungen erzwingen. Ein Gericht in London wies den dreisten Versuch von BAYER ab.

Von Philipp Mimkes

„Dieser Rechtsstreit war absurd“, ärgert sich Phil Michels vom britischen Umweltverband FRIENDS OF THE EARTH. „Was uns nun erlaubt ist, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein: Wir dürfen darauf hinweisen, dass frei zugängliche Studien über Pestizid-Risiken bei skandinavischen Umweltbehörden angefordert werden können. Doch genau dies wollte BAYER verhindern - und zwar auf aggressive Art und Weise.“

Die nur für Fachleute verständlichen Untersuchungen („A dietary 2-Generation Reproduction study of HOE 099730; substance, technical in the Sprague Dawley Rat“) waren von BAYER-ToxikologInnen erstellt worden. Sie beschäftigten sich mit Risiken des Herbizids Glufosinat und wurden im Rahmen von Zulassungsverfahren bei verschiedenen Umweltbehörden eingereicht. Der Unkraut-Killer Glufosinat wird von BAYER meist in Kombination mit gentechnisch verändertem Saatgut

(Raps, Mais, Reis, Zuckerrüben) angeboten. Die Gen-Pflanzen sind resistent gegen den Wirkstoff, das heißt, das Pestizid kann in großen Mengen verwendet werden, ohne die „Nutzpflanze“ zu schädigen.

Da Glufosinat zu den meist-verwendeten Pestiziden in Europa gehört und immer wieder in Nahrungsmitteln gefunden wird, forderte FOE im Jahr 2000 die britische Umweltbehörde Pesticides Safety Directorate auf, die Studien-Ergeb-

nisse zu veröffentlichen. Für den Leverkusener Chemie-Multi bedeutete dies allerdings einen Verstoß gegen das Betriebsgeheimnis. Er ging gerichtlich gegen die Weitergabe der Daten vor.

Parallel kontaktierte der Umweltverband US-amerikanische und skandinavische Behörden. Schweden und Dänemark sandten die Untersuchungsergebnisse umstandslos zu. „Wir wollten zeigen,

„Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, welche Risiken von Chemikalien ausgehen, die wir über das Essen, das Wasser oder die Luft aufnehmen“

dass BAYER diese Daten fälschlich als „top secret“ bezeichnet und der Öffentlichkeit vorenthält, obwohl sie in anderen Ländern frei zugänglich sind“, so Phil Michels. „Und natürlich wollten wir den Leuten sagen, wo sie diese Informationen erhalten können“.

Ein simpler demokratischer Akt, sollte man meinen - doch nun holte BAYER die große juristische Keule heraus und rief im vergangenen Oktober den britischen High Court an. Der Konzern wollte FRIENDS OF THE EARTH daran hindern, die Öffentlich-

keit über die Untersuchungen zu unterrichten. Der Umweltverband sollte sich verpflichten, keine weiteren Studien von ausländischen Behörden anzufordern. Selbst die bloße Nennung der Studientitel wollte BAYER unter Strafe stellen.

Doch die UmweltschützerInnen bewiesen Durchhalte-Vermögen und widersetzten sich den Einschüchterungen - mit Erfolg. Nach mehrmonatigem Schwebezustand signalisierte das Gericht, der Argumentation von BAYER nicht zu folgen. In einem Vergleich, der am 29. Juni geschlossen wurde, verpflichtete sich das Unternehmen, FRIENDS OF THE EARTH in vergleichbaren Fällen nicht mehr zu verklagen.

„Die Verantwortlichen bei BAYER dachten, dass wir allein wegen der Verfahrenskosten den Schwanz einziehen würden“, so Phil Michels weiter. „Dies ist ein wichtiges Signal gegenüber dem „Big Business“, dass man uns nicht zum Schweigen bringen kann.“ Tony Jupiter, Direktor von FOE, ergänzt: „BAYER hat umsonst seine Muskeln spielen lassen und musste einen demütigenden Rückzieher machen. Dies ist ein wichtiger Erfolg, um der Geheimnistuerei bei der Zulassung

von Pestiziden und Chemikalien ein Ende zu bereiten“. Jupiter fordert eine Verpflichtung der Hersteller, alle toxikologischen Daten von sich aus zu veröffentlichen - auch damit sie von unabhängigen WissenschaftlerInnen überprüft werden können: „Unsere Nahrung wird Tag für Tag mit diesen Substanzen behandelt. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, welche Risiken von Chemikalien ausgehen, die wir über das Essen, das Wasser oder die Luft aufnehmen“, so Jupiter weiter.

BAYER gehört zu den größten Pestizid-Herstellern der Welt. Im Sortiment befinden sich extrem gefährliche Wirkstoffe wie Parathion, Monocrotophos, Fenamiphos und Aldicarb. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die ebenfalls mehrfach von BAYER verklagt wurde, gratulierte FRIENDS OF THE EARTH zu ihrem Erfolg, der nun auch im Internet zu besichtigen ist. Die Organisation schaltete noch am Tag des Urteilspruchs eine website frei, in der erläutert wird, wo die „Geheim-Studien“ angefordert werden können (http://www.foe.co.uk/campaigns/real_food/news/2004/june/bayer/how_to_obtain.html).

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____
Adresse: _____
Bank: _____
BLZ: _____ Kontonummer: _____
Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

COUPON

Besuch im Reichstag

CBG überreicht Unterschriften



12.000 Unterschriften gegen gen-manipulierte Lebensmittel hat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gesammelt. Am 2. Juli wollten zwei CBGler sie der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Landwirtschaft und Ernährung, Herta Däubler-Gmelin übergeben. Aber der Zutritt zu den heiligen Hallen des Reichstages gestaltete sich schwieriger als erwartet. Stichwort BAYER berichtet von den Mühen der Ebenen.

Von Hubert Ostendorf

„Herr Ostendorf, gehen Sie zum Südeingang, ich hole Sie dort ab“, sagte die Mitarbeiterin von Herta Däubler-Gmelin, kurz: HDG. Zum Glück, habe ich gedacht, als ich dort zusammen mit Janis Schmelzer, unserem Historiker aus dem Beirat der (CBG) ankam. Denn hier warteten nicht - wie vor dem Hauptportal, also dort, wo „Dem deutschen Volke“ steht - Hunderte von schaulustigen ReichstagsbesucherInnen in einer endlosen Schlange auf Einlass. Wir hatten uns dort zuvor bei strahlendem Sonnenschein wirksam mit unserem Transparent „Stoppt BAYER-Gentechnik“ in Szene gesetzt. Also vor dem Südeingang. Hinter einer Panzerglasscheibe sitzen blau-uniformierte Sicherheitskräfte. „Hier kommt nur rein, wer angemeldet

ist“, sagt einer im scharfen Ton zu mir. „Aber wir sind angemeldet“, protestiere ich. Doch das könne nicht sein, so die Entgegnung, unsere Namen stünden nicht auf seinen Zetteln. Ich rufe im Büro von HDG an. Die Mitarbeiterin komme, wir sollen draußen warten, wurde uns beschieden. Kurz darauf ist sie auch da. Wir tauschen Pässe gegen Besucherausweise, gehen durch die Schleuse, werden abgetastet, unsere Sachen werden kontrolliert, laufen über ein Röntgen-Band. Unser Plakat, eine großkopierte notarielle Urkunde, auf der fast 12.000 Unterschriften gegen Genfood bestätigt werden, dürfen wir aus unersichtlichen Gründen nicht mitnehmen. Aber wir selbst dürfen passieren, zunächst. „O.K., Sie können

durch“, heißt es gnädig. Wir folgen der HDG-Mitarbeiterin, doch nach ein paar Schritten ist Schluss. Hektisch kommt ein Polizist in Grün auf uns zu. „Sie dürfen hier nicht rein.“ Warum nicht, sagt er nicht, nur: „Befehl von oben!“ Ich dachte, diesen Spruch gäbe es seit langer Zeit nicht mehr. Wir werden wie Verbrecher rausgeschickt. „Sie können die Urkunde draußen, vor der Tür, übergeben“, sagt der Polizist. Natürlich nicht die vergrößerte, die bleibt konfisziert. Also gut, die Mitarbeiterin der Ex-Justizministerin ruft ihre Chefin an. Wir spekulieren über die Gründe unseres Rausschmisses. Steckt der Verfassungsschutz dahinter? Unter dessen ruft die evangelische Presseagentur *epd* an, will Infos. Ich erläutere unser

Anliegen: Gentechnik verdrängt natürliche Sorten, bringt Bauern in die Abhängigkeit der Konzerne, verschärft die Armut und ruiniert die Gesundheit. Zudem führe die „grüne Gentechnik“ zu mehr Pestizid-Verbrauch und schränke so die Artenvielfalt weiter ein. Darüber hinaus besteht die Gefahr von Auskreuzung gentechnisch manipulierter Sorten mit konventionell angepflanzten.

Endlich kommt Herta Däubler-Gmelin, sichtlich verärgert. „Wo ist denn der Ostendorff?“ Ich gehe lächelnd auf Sie zu, stelle mich vor. „Nein, nein, sagt sie, der Ostendorff, wo ist der Ostendorff?“ Ich beginne zu begreifen. Sie meint nicht mich, sondern den Namensvetter und grünen Abgeordneten und Landwirt Friedrich Ostendorff, der Mitglied bei der CBG ist und mir empfohlen hatte, die Unterschriften bei Frau Däubler-Gmelin abzugeben. Dies hatte ich bei der telefonischen Bitte um einen Termin erwähnt. Ich kläre den Sachverhalt auf und will schon die Urkunde überreichen, als die bekannte Politikerin an der Personenkontrolle vorbeiechelt und schimpft, dass man so nicht mit ihrer Zeit umgehen könne. Sie ist verständlicherweise sauer, dass man sie hat

herunterkommen lassen. Wortstark setzt sie durch, dass wir nun doch rein dürfen - nach erneuter Personenkontrolle.

Oben, im zweiten oder dritten Stock, im Foyer, setzen wir uns auf eine Ledercouch, ich links, Janis rechts, die Ausschussvorsitzende in der Mitte. Wir überreichen die Urkunde und erzählen HDG von der CBG. Sie zeigt sich sehr interessiert, fragt nach unserem persönlichen Engagement. Janis berichtet, er sei promovierter Historiker, der vor allem zur IG FARBEN forscht und überreicht sein neuestes Buch. Ich erzähle von den Anfängen der COORDINATION in Wuppertal, von unseren Kampagnen, der kritischen Aktionärstätigkeit auf den Hauptversammlungen. Frau Däubler-Gmelin hört freundlich zu, ihre Verärgerung ist völlig gewichen, sie ist professionell und nett. Ein Foto durften wir leider nicht machen, doch ihre Mitarbeiterin hat dann doch einige (nicht allzu gute) Erinnerungsschnappschüsse mit unserer mitgebrachten Digitalkamera aufgenommen.

Im Foyer hängt ein großformatiges Bild der berühmten Künstlerin Katharina Sieverding, das ich sehr bewundere. Zuvor hatte ich im Treppenhaus schon

Arbeiten von Georg Baselitz gesehen. Wir erfahren, dass es eigens Kunstführungen durch den Reichstag gibt. Frau Däubler-Gmelin hat nun keine Zeit mehr, doch ihre Mitarbeiterin darf uns noch in den Andachtsraum, den ZERO-Künstler Günther

Wir werden wie Verbrecher rausgeschickt. „Sie können die Urkunde draußen, vor der Tür, übergeben“, sagt der Polizist.

Uecker gestaltet hat, führen. So endet unsere Unterschriften-Aktion bei den Nagel-Kunstwerken jenes Mannes, der sich stets gegen die Verletzung des Menschen durch den Menschen künstlerisch eingesetzt hat und dies heute immer noch tut. Ein gutes Omen gegen den Gen-Wahn? Ich weiß es nicht. Auf jeden Fall aber ein Vormittag, der die Gefahren dieser neuen Technologie, bei der der BAYER-Konzern Vorreiter ist, erneut ins öffentliche Bewusstsein gebracht hat - wenn auch mit Mühen. Und die CBG-Kampagne läuft weiter. Inzwischen haben über 20.000 Personen unseren Aufruf unterzeichnet, der unter dem Stichwort „Kampagnen“ auf der CBG-Homepage zu finden ist.

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker **STICHWORT BAYER**, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

C O U P O N

- Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

- Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank

Kontonr.

BLZ

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

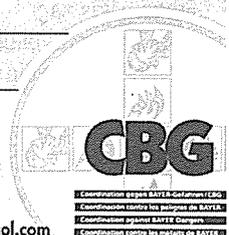
Datum/Unterschrift

Alter

Bitte zurücksenden an:

Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,

Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Der Konzern, das Gift und der Tod

„Bestände müssen Sie verkaufen“



Pestizid-geschädigter indischer Mann auf der Intensiv-Station

In ihrem Film „100 % Baumwolle - Made in India“ haben Inge Altemeier und Reinhard Hornung die Vergiftungen indischer LandwirtInnen durch BAYER-Pestizide dokumentiert. In ihrem neuen Werk beschäftigen sie sich nochmals mit der Materie und stellen den Leverkusener Chemie-Multi zur Rede. Stichwort BAYER dokumentiert das Interview.

Von Inge Altemeier und Reinhard Hornung

Den riesigen Pestizid-Markt in Indien teilen sich im Wesentlichen: DUPONT, NOVARTIS und BAYER. Die Marke BAYER steht bei den indischen Baumwollbauern für Qualität. Und dies, obwohl in Indien Pestizide verkauft werden, die in Europa verboten sind. Wir wollen wissen, warum der Weltkonzern das macht. Es vergehen Wochen, bis wir die Zusage für ein Interview bekommen. In Monheim treffen wir dann gleich auf drei Pressebeauftragte. Wir bekommen vorformulierte Antworten auf unsere vorher schriftlich eingereichten Fragen.

Frage: Was sagt BAYER zu den vielen kranken Baumwollbauern in Indien, die als Analphabeten die giftigen Pestizide ausbringen.

Annik Dollacker: Es ist natürlich dann der Punkt, wo der Landwirt die Produkte letztendlich ausbringt und wo er sicherstellen muss und auch er die Verantwortung übernehmen muss, dass er die Pro-

dukte korrekt ausbringt, so wie es auch in der Gebrauchsinformation steht, und dass er eben auch versucht eben Unfälle zu vermeiden, wo es nur irgendwie geht.

Frage: Und wenn das nicht passiert?

Dollacker: Tja, wie gesagt, irgendwo liegt die Verantwortung auch bei dem Anwender selbst.

Die Pressesprecher zeigen uns das sogenannte Tropicarium. Wir wollen aber nicht die exotischen Pflanzen bewundern, sondern wissen, warum BAYER in Indien bis heute ein Mittel verkauft, das seit mehr als 10 Jahren in Deutschland nicht mehr zugelassen ist.

Dollacker: Ganz klar Monocrotophos. Wir verkaufen dieses Jahr Restbestände aus, es wird durch ein modernes, besseres Pflanzenschutzmittel ersetzt und auch das ist genau das Beispiel oder ein Beispiel dafür, dass wir also unsere Produktpalette ständig erneuern, nach den neueren Erkenntnissen.

Frage: Jetzt ist aber doch eigentlich

dieser Prozess, dass es abgesetzt werden sollte, schon sehr lange im Gange, warum dauert das so lange?

Dollacker: Das dauert in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich lange, einfach auch auf Grund der ökonomischen Bedingungen in den Ländern. Viele der älteren Produkte sind patentfrei und sehr kostengünstig für die Landwirte, die verlangen nach den Produkten.

Frage: Also, das heißt, Sie haben da keine Möglichkeit, das dann vom Markt zu nehmen oder wie kann man sich das dann vorstellen? Ihr Name steht ja drauf auf dem Produkt.

Dollacker: Gut, ich hab ja gesagt, wir nehmen es vom Markt. Wenn Sie Bestände haben, dann müssen sie die verkaufen, einfach auch um die...

Hier unterbricht ein anderer Pressesprecher das Interview. Schon seit 1996 verspricht BAYER, das Pestizid Monocrotophos vom Markt zu nehmen.

Aktion gegen BAYER-Versuchsfeld

Raus aus den Gen-Kartoffeln

„Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie BAYER“ war auf dem Transparent am Acker zu lesen. Etwa 30 Personen beteiligten sich am 24. Juli an einer Aktion gegen das BAYER-Versuchsfeld in Berge (Prignitz). Aufgerufen hatten das BARNIMER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GENTECHNIK und die BUNDJUGEND BRANDENBURG. Ziel der Aktion war, auf das Versuchsfeld in Berge hinzuweisen. Nachdem in Lentzke der Gen-Versuch eingestellt wurde, befindet sich in Berge das letzte Versuchsfeld von BAYER in Brandenburg.

Von BUNDJUGEND BRANDENBURG UND BARNIMER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GENTECHNIK

Nach einem Picknick mit gentechnik-freien, biologisch angebauten Lebensmitteln zogen die TeilnehmerInnen in Schutzanzügen Richtung Versuchsfeld. Es stiegen gelbe Luftballons mit dem Zeichen für biologische Gefahren in die Luft. „Stellen Sie sich vor, die Luftballons wären Pollen. Hiermit spielen wir auf die absurde Diskussion um Koexistenz an. Wir wollen zeigen, dass Lebendiges sich nicht an Grenzen der Flurstücke hält“, so Thomas Janoschka vom BARNIMER BÜNDNIS GEGEN GENTECHNIK. Einigen DemonstrantInnen gelang es, trotz Polizeischutz und Absperrungen direkt an das Feld zu gelangen und dort einige Pflanzen abzuernten. Unter dem Applaus der anderen Demonstrationsteilnehmer hielten diese die Kartoffel-Pflanzen in die Luft. Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung wurden angekündigt.

Neben mehreren Verantwortlichen für das Feld und die Versuche war auch der örtliche Landtagsabgeordneter Robert Gemmel (SPD) anwesend. Obwohl dieser im Agrar-Ausschuss des Landtages sitzt, war er bisher noch nicht über die Existenz des Feldes in Kenntnis gesetzt worden. Erste Informationen erhielt er aus der

Ankündigung für die Aktionen in der Presse. Das zeigt wieder einmal, wie sehr die Gentechnik-Firmen die Öffentlichkeit und die demokratischen Institutionen scheuen.

Auf dem Feld in Berge werden Kartoffeln mit einem veränderten Stärkegehalt angebaut. Die Kartoffel enthält außerdem ein Gen, das sie resistent gegen das BAYER-Herbizid LIBERTY mit dem Wirkstoff Glufosinat macht. Dies bedeutet, dass LandwirtInnen, welche die Kartoffeln anbauen wollen, an BAYER Patent-Gebühren zahlen müssen. Sie könnten auch nicht einfach wieder zum normalen Kartoffel-Anbau zurückkehren, da einzelne Knollen der Frucht immer im Boden zurückbleiben. Bei Auskreuzungen, z. B. mit dem weitverbreiteten Unkraut „Schwarzer Nachtschatten“ wäre auch dieses gegen das Herbizid resistent.

Betreiber des Versuchs ist die Firma SOLAVISTA, eine Gemeinschaftsunternehmen des Leverkusener Chemie-Multis mit der Stärkefirma AVEBE. AVEBE stellt auf dem internationalen Markt Kartoffelstärke her und betreibt unweit des Versuchsfeldes in Dallmin eine Stärke-Fabrik. Die Gruppen kündigten weitere Aktionen gegen das Versuchsfeld an.



Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 22. Jahrgang Postvertriebsstück G 10848 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (CBG e.V.) Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER-weltweit. Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf. e-mail: CBGnetwork@aol.com Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm> <http://www.CBGnetwork.de> Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekkittke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag.

Vertrieb: CBG

Layout: Uwe Kölsch

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe (0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreislise vom 01.01.1999

(1/1 S. sw 500,- €, 1/2 S. 300,- €

1/3 S. = 1 Spalte 175,- € zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+2003)

Au weia, BAYER!



Unsäglich: BAYER kooperiert mit UN

Schlappe drei Millionen Euro hat BAYER in ein neues Greenwashing-Projekt investiert. Der Gen-Gigant unterstützt mit dieser Summe ein Projekt der Vereinten Nationen zur Umwelt-Erziehung von Jugendlichen. Am 21. Juni unterzeichneten BAYER-Chef Werner Wenning und der Direktor der UN-Umweltprogramms, Klaus Töpfer, in Leverkusen medien-wirksam einen entsprechenden Kooperationsvertrag. „Umweltbewusstes Wirtschaften ist eine Sache der Erziehung“, sagte Wenning bei dem Termin. Und Klaus Töpfer hatte keine Hemmungen, dabei den Bock zum Gärtner zu machen. „Beim Umweltprogramm der UN können wir nur dann vernünftige Ergebnisse erreichen, wenn wir die Privatwirtschaft mit einbinden“, so der Umweltmann der UN. Diese vernünftigen Ergebnisse sind allerdings bisher nicht zu sehen, wie nicht anders zu erwarten, wenn Konzerne wie BAYER mit einem jährlichen Kohlendioxid-Ausstoß von ca. neun Millionen Tonnen sich zu großen Umwelt-Pädagogen aufschwingen wollen. Auszahlen tut sich die Zusammenarbeit nur für die Multis: Am 21.6. nutzte der Leverkusener Chemie-Multi die günstige Gelegenheit des hohen Besuchs schon einmal, um seinen „Nachhaltigkeitsbericht 2004“ zu präsentieren.

Wilfrid Polke | Robert Butzlar | Klaus Staeck | Claudia Rogge | Peter Royen

Die in der Kunst gegen Konzerne herausgegebenen Arbeiten werden von den KünstlerInnen gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Erwerb der Objekte wird die Arbeit konzernkritischer Gruppen gefördert. Die Galeriepreise der Werke liegen in aller Regel weit über den Vorzugsabgabepreisen der „Edition Kunst gegen Konzerne“. Deshalb, und wegen der strengen Limitierung und der oftmals vorliegenden Original-Signatur, haben die Kunstwerke ein hohes Wertsteigerungspotential. Wegen Limitierung keine Liefergarantie. Die Auslieferungen erfolgen stets nach Datum des Bestelleingangs.

Prof. Wilfrid Polke

ist ein Künstler, der sich politisch einsetzt und zu gesellschaftlichen Konflikten nicht schweigt. Die Tuschezeichnung „Tanz um das Goldene Kalb“ ist ein Mahnmal gegen das Diktat des großen Geldes und eine Aufforderung zu Toleranz und Solidarität.

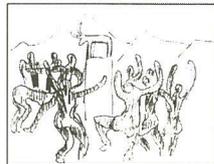


Sammler-Uhr

„Tanz um das Goldene Kalb“

Durchmesser ca. 32 mm, Metallgehäuse, Lederarmband, rückseitig mit Signatur-Gravur, in hochwertiger Aludose verpackt, Aufl. 300 Stück,

nur 68 €.



Zeichnung

„Tanz um das Goldene Kalb“

Mikro-Piezo-Technik nach Tusche, ca. 60 x 40 cm, Auflage 100 Stück, handsigniert, nummeriert

nur 148 €.

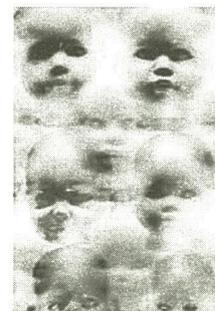
Claudia Rogge

ist in der Kunstszene ein Begriff und erzielt hohe Marktpreise. Die vorliegende Foto-Arbeit wendet sich gegen Gen- und Reproduktionstechnologie.

PRAE M.O.B.

Fotoarbeit-Digitalabzug, ca. 50 x 70 cm, limitiert, handsigniert,

nur 95 €.



EDITION
KUNST GEGEN KONZERNE
 FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT

Ich/wir bestelle/n

Coupon zurück an: Edition Kunst gegen Konzerne, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Expl. Rogge-Fotoarbeit „PRAE M.O.B.“
 zum Stückpreis von 95 €

Expl. Polke-Uhr „Tanz um das Goldene Kalb“
 zum Stückpreis von 68 €

Expl. Polke-Grafik „Tanz um das Goldene Kalb“
 zum Stückpreis von 148 €

Alle Artikel zuzüglich 5 € Versandkosten.

Name/Vorname _____ Alter _____

Adresse _____

Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von: Bank _____ BLZ _____

Kto.-Nr. _____ Unterschrift _____